

MENSCHENRECHTE

Freibrief für Ausbeutung

Angehörige des diplomatischen Corps behandeln ihre Hausangestellten mitunter wie Leibeigene. Der Fall einer Indonesierin könnte nun zu einem Musterprozess führen.

Wohin hätte Dewi Ratnasari auch gehen sollen? Hinunter zur Havel ins Wasser? Oder über die Brücke hinterm Haus zum Autofriedhof? Oder zur vierspurigen Straße, wo der Bus der Linie 139 hält? Doch was dann? Die Frau spricht kein Wort Deutsch, und Geld für einen Fahrschein hatte sie auch nicht.

Also blieb die kleine, zierliche Asiatin in der Berliner Boca-Raton-Straße, in der Wohnung ihres Arbeitgebers. Mehr als eineinhalb Jahre lang. Sie schuftete sieben Tage die Woche, meist bis spät in die Nacht, ließ sich demütigen, treten und mit einem Stock schlagen – wie eine Leibeigene. So hat sie es zumindest der Berliner Kriminalpolizei berichtet.

Dewi Ratnasari, die seitdem ihren wahren Namen verschweigt, kommt aus Indonesien. Bis vor acht Monaten hat sie als Hausangestellte bei einem Diplomaten aus Saudi-Arabien gearbeitet. Und wäre da nicht Nivedita Prasad von der Beratungsstelle Ban Ying gewesen, würde die 30-Jährige in dem Diplomaten-Haushalt wohl weiterhin Frondienste leisten – wie in Berlin noch so manch andere Frau aus Indonesien oder den Philippinen.

Die Welt der Berliner Diplomaten, das sind nicht nur prunkvolle Empfänge, chromblitzende Luxuskarossen und der Status der Erhabenheit. Es ist auch eine Welt, in der manche Hausangestellten offenbar so behandelt werden, wie ostelbische Junker im 19. Jahrhundert mit ihren Domestiken umgegangen sind: Bezahlt wird nicht, und wer nicht spürt, bekommt den Stock zu spüren.

Zwar weisen deutsche Gesetze genügend Paragrafen auf, die Angestellte vor Misshandlung und Willkür schützen sollen – doch bei den Beschäftigten der Diplomaten greifen sie ins Leere. Die Botschaftsangehörigen sind durch ihre Immunität unantastbar, so ist es in der Wiener Konvention von 1961 geregelt. Strafrechtlich können sie nicht belangt werden, auch Zivilklagen sind in der Regel aussichtslos. Schlimmstenfalls erklärt das Auswärtige Amt einen Diplomaten zur Persona non grata, zur unerwünschten Person, die das Land verlassen muss.

Die Immunität, so die hehre Absicht, soll den Diplomaten vor staatlicher Willkür oder fremder Rechtspraxis seines Gastgeberlandes schützen. Deshalb kann ein deutscher Attaché im abstinenten Sau-

di-Arabien Alkohol trinken, ohne die sofortige Verhaftung fürchten zu müssen. Als Freibrief war die Immunitätsregelung freilich nie gedacht, auch wenn manche Botschaftsangehörigen sie so verstehen. So gehört das Missachten von Strafzetteln oder Bußgeldbescheiden für Verkehrsverstöße zu den liebsten Gewohnheiten wohl aller Weltbürger mit Diplomatenpass.

Im Straßenverkehr sei das nur ärgerlich, sagt Nivedita Prasad, bei „menschenun-

sekretärs scheint geeignet, Rechtsgeschichte zu schreiben. Zumindest hoffen das Nivedita Prasad, der Hamburger Rechtsanwalt Klaus Bertelsmann und das Deutsche Institut für Menschenrechte, das den Rechtsstreit finanziert.

Sie wollen die Diplomaten-Immunität bei Menschenrechtsverstößen juristisch angreifen, wenn nötig durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht und zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. „Die Menschenrechte sind auch völkerrechtlich ein höheres Gut als die Diplomaten-Immunität“, sagt Anwalt Bertelsmann.

Im November berichtete das indonesische Hausmädchen im Büro von Ban Ying erstmals über ihr sklavengleiches Leben: Von der Agentur in Jakarta, die sie als Hausangestellte erst in die Emirate am Golf, dann nach Saudi-Arabien vermittelt hatte. Und wie sie dann gemeinsam mit ihrem saudischen Arbeitgeber im April



Einweihung der saudischen Botschaft in Berlin*: Diskretion und einvernehmliche Lösungen

würdigen Arbeitsverhältnissen ist es unhaltbar“. Die Sozialpädagogin leitet die Koordinationsstelle Ban Ying in Berlin-Mitte. Ban Ying heißt auf Thailändisch „Haus der Frauen“. Das Projekt, vom Berliner Senat finanziert, kümmert sich um Prostituierte, vor allem aus Asien, und seit einem Jahrzehnt um ausländische Hausangestellte von Diplomaten. Nivedita Prasad kennt viele Geschichten hinter den polierten Fassaden von Botschaften, Residenzen und Diplomaten-Wohnungen. Sie handeln alle von Ausbeutung und Schikane, und manchmal, wie im Fall von Ratnasari, auch von körperlicher Gewalt.

Die Causa der indonesischen Hausangestellten und des saudischen Botschafts-

2009 nach Deutschland kam, er als Attaché an die Botschaft, sie in seine Wohnung als Mädchen für alles.

Und für alle. Sie habe, so erzählte sie in ihrer Muttersprache, den Diplomaten bedient, dessen Frau, die im Rollstuhl sitzt, rundumversorgt und den vier Töchtern im Alter von 12 bis 17 Jahren sogar noch die Schuhe angezogen. Ihr Arbeitstag habe um sieben Uhr früh begonnen und endete oft erst weit nach Mitternacht. Ihre Schlafstätte war der Teppichboden im Zimmer der Töchter; sie habe nur ein dünnes Laken und ein Kissen bekommen. In 19 Monaten habe sie keinen Tag frei gehabt. Ein einziges Mal habe sie Geld erhalten, 150 Euro zum Ramadan, dem islamischen Fastenmonat.

Gegenüber der Polizei sprach Dewi Ratnasari auch von systematischer Miss-

* Mit den Außenministern Saud al-Faisal und Guido Westerwelle am 9. Februar.

handlung und Erniedrigung. Einmal habe die Frau des Diplomaten ihr eine Parfümflasche an den Kopf geworfen, regelmäßig sei sie mit dem Stock auf Hände und Unterarme geschlagen worden, manchmal habe sie Fausthiebe gegen Kopf und Stirn bekommen. Alle im Haushalt haben sie schlagen dürfen: die Frau, die älteren Töchter, der fünfjährige Junge. Der Diplomat habe es ausdrücklich erlaubt. Der Anwalt des Diplomaten, Phillip von Berg, dessen Stuttgarter Kanzlei seit Jahren die saudische Botschaft vertritt, weist die Vorwürfe als haltlos zurück.

Doch so stehen sie in einer 25-seitigen Klageschrift, die Anwalt Bertelsmann im Frühjahr beim Berliner Arbeitsgericht einreichte. Er fordert darin 32 000 Euro an Lohn und mindestens 40 000 Euro Schmerzensgeld.

Die Klage beruht unter anderem auf einer Regelung zwischen dem Auswärtigen Amt und den Botschaften von 2003.

sich für nicht zuständig und wies die Klage „als unzulässig“ ab.

Im Grunde hatte Rechtsanwalt Bertelsmann mit diesem Ausgang gerechnet. „Der Richter hat sich auf die bequeme Position zurückgezogen“, sagt er. Der Arbeitsrechtsexperte wird deshalb, unterstützt von einem ehemaligen Richter am Bundesverfassungsgericht, in dieser Woche Berufung beim Landesarbeitsgericht einlegen – und wenn es sein muss, bis nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht gehen.

Dass so ein Fall modernen Sklaventums überhaupt vor einem Gericht thematisiert wurde, ist schon außergewöhnlich genug. Denn ob Angehörige des diplomatischen Corps die seit acht Jahren gültige Regelung zu Arbeitszeit und Lohn einhalten, kontrolliert niemand – es würde ja die Immunität verletzen.

Erst wenn ausgebeutete und misshandelte Hausangestellte fliehen, muss auch

nung am Potsdamer Platz quasi eingesperrt, den Pass hatte man ihr abgenommen, regelmäßig soll sie geschlagen worden sein. Ihre tägliche Essensration habe aus einer Scheibe Brot, einer Schale Reis mit einer Tomate und zwei Chilischoten bestanden. 35 Kilogramm wog die Frau noch, als sie im Mai 2007 ins Krankenhaus kam. Sie hatte eine offene Tuberkulose, ihre Genesung dauerte ein Jahr.

Die schwere Krankheit war, so zynisch es scheint, ihr Glück. So entkam sie ihrem Peiniger und durfte trotzdem in Deutschland bleiben. Dem jemenitischen Kulturattaché passierte allerdings nichts. Den vorenthaltenen Lohn, insgesamt 23 000 Euro, zahlte schließlich die Botschaft.

Fälle wie dieser finden sich in einer in dieser Woche präsentierten Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte zur Situation von ausländischen Angestellten in Diplomaten-Haushalten. In acht europäischen Ländern hat das Institut Daten erhoben und überall Arbeitsverstöße ermittelt, darunter tägliche Dienstzeiten bis zu 18 Stunden oder Monatslöhne von 100 Euro.

Relativ viele Verstöße, über ein Dutzend pro Jahr, registrierten die Menschenrechtler in Großbritannien, Deutschland liegt mit fünf bis zehn Fällen per annum im Mittelfeld. In den untersuchten Ländern haben derzeit rund 3000 Asiatinnen, Afrikanerinnen und Südamerikanerinnen eine Aufenthaltserlaubnis, weil sie in Diplomaten-Haushalten arbeiten.

Zum Schutz der Angestellten geben die Autoren der Studie eine Reihe von Empfehlungen ab, die in den meisten Fällen die bisherigen Immunitätsregelungen tangieren: die Kontrolle der Arbeitsbedingungen, die Möglichkeit eines Stellenwechsels und den „freien Zugang“ zu gerichtlichen Klagewegen.

In Frankreich ist die Frage einer Schadensersatzforderung zuletzt höchststrichlerlich entschieden worden. Am 11. Februar sprach der Conseil d'Etat, das oberste Verwaltungsgericht des Landes, einer ehemaligen Hausangestellten eines Unesco-Diplomaten aus dem Oman 33 380 Euro Schadensersatz für nicht gezahlten Lohn zu. Für den Betrag aufkommen muss aber nicht, so entschieden die Richter, der Immunität genießende Araber, sondern der französische Staat.

So könnte auch der Streit um den ausstehenden Lohn für Dewi Ratnasari enden, das indonesische Hausmädchen des saudischen Diplomaten. Der Berliner Arbeitsrichter Kirsch gab jedenfalls zu bedenken, ob die Bundesrepublik Deutschland zu verklagen sei – auf Staatshaftung.

Dewi Ratnasari kann es egal sein, wer ihren Lohn zahlt. Und auch ob ihr Fall womöglich Rechtsgeschichte schreiben wird, interessiert sie nicht. Sie lebt inzwischen wieder in ihrem Heimatdorf in Indonesien.

ANDREAS WASSERMANN



Arbeitsplatz saudische Diplomaten-Wohnung*: Schlafstätte auf dem Teppichboden

Darin verpflichten sich die Diplomaten, ihren Haushaltshilfen mindestens 750 Euro monatliches Gehalt zu zahlen, plus freie Kost und Logis. Die Arbeitszeit darf 40 Stunden pro Woche nicht überschreiten, jede Überstunde muss mit 4,50 Euro abgegolten werden.

Beim Prozesstermin vor zwei Wochen mochte Richter Ulrich Kirsch die Klage indes nicht einmal verlesen. Rechtsanwalt von Berg verwies auf die Immunität seines Mandanten und empfahl dem Klagevertreter, doch angebliche Lohn- und Schadensersatzansprüche vor einem Gericht in Saudi-Arabien geltend zu machen. Nach nicht mal einer Stunde hatte der Richter die Causa vom Tisch. Wegen der Immunität des Diplomaten erklärte er

das Auswärtige Amt reagieren. Allerdings legen Guido Westerwelles Beamte dabei Wert auf Diskretion und einvernehmliche Lösungen mit den Botschaften. Ein paarmal pro Jahr gab es Vergleichsverhandlungen, meist bekamen die Hausangestellten dann ein paar tausend Euro Schadensersatz. Im Gegenzug verließen sie umgehend Deutschland – schon weil ihre Aufenthaltsberechtigung, der Protokollausweis, gekoppelt war mit ihrer Tätigkeit in Diplomaten-Haushalten. Und alle Beteiligten verpflichteten sich schriftlich zu Stillschweigen.

Entsprechend selten gelangen derartige Deals an die Öffentlichkeit. Im Januar 2008 wurde das Martyrium einer indonesischen Hausangestellten des Kulturattachés der jemenitischen Botschaft bekannt. Über zwei Jahre war die Frau in der Woh-

* In der Berliner Boca-Raton-Straße.